



Bürgerinitiative gegen Flugverkehrsbelastung  
im Landkreis Konstanz e.V.  
[www.fluglaerm-weg.de](http://www.fluglaerm-weg.de)  
[info@fluglaerm-weg.de](mailto:info@fluglaerm-weg.de)

## Pressemitteilung der Bürgerinitiative

15.04.2013

### Südbadens Bürgerprotest gegen den Staatsvertrag mit der Schweiz ist in Berlin angekommen

Berlin/Konstanz: Bundesverkehrsminister Ramsauer konnte oder wollte die Petition gegen den Staatsvertrag nicht persönlich annehmen. Mit Unterstützung können die Bürgerinitiativen, welche die Petition gestartet hatten, jedoch von Bundestagsabgeordneten aus der Region Südbaden rechnen. Denn nun haben Birgit Homburger, Rita Schwarzelühr-Sutter und Andreas Jung aus den Wahlkreisen Konstanz und Waldshut die Petition in Berlin entgegengenommen.

Spontan haben die Abgeordneten der Bitte der beteiligten Bürgerinitiativen entsprochen, die mehr als 10.000 Protestunterschriften gegen den Staatsvertrag mit der Schweiz anzunehmen und dem Bundesverkehrsminister zu übergeben. „Damit ist der Schulterschluss in der Region wieder einmal bewiesen“, so Thomas Gruschkus, der Vorsitzende der Bürgerinitiative gegen Flugverkehrsbelastung im Landkreis Konstanz. Der Bundesverkehrsminister hatte für die persönliche Annahme keine Möglichkeit gesehen, wie er der Bürgerinitiative mitteilen ließ. Die Vertreter der verschiedenen Bürgerinitiativen können sich darüber nur wundern. Hatte der Minister den Bürgern in seinem kürzlich erschienen Handbuch doch detailliert erläutert, wie gute Bürgerbeteiligung in seinen Augen künftig in seinem Ministerium umgesetzt werden muss. „Dazu gehört offenbar nicht die Entgegennahme einer an ihn persönlich gerichteten Petition mit so vielen Unterzeichnern“, vermutet Ellen Dreher, die Initiatorin der Petition.

Die Bürgerinitiativen kritisieren, dass der Minister der Bevölkerung mit diesem Staatsvertrag eine Mogelpackung verkaufen will. Der Vertrag enthalte Zugeständnisse, ja Geschenke an die Schweiz, die jegliche Schutzrechte der deutschen Bevölkerung unterlaufen. Gerade diese Schutzrechte hatte der Europäische Gerichtshof in seinem jüngsten Urteil der deutschen Bevölkerung jedoch zugesprochen. Darüber hinaus beschuldigen die Bürgerinitiativen die deutschen Verhandlungsführer, geradezu dilettantisch bei der Festlegung der Vertragsinhalte vorgegangen zu sein. Man habe wichtige Punkte wie Flugrouten und die Anzahl der Flugbewegungen erst gar nicht vertraglich festgehalten. Mit der zusätzlichen drastischen Absenkung der derzeitigen Flughöhen habe man damit der Schweiz einen Freischein für eine grenzenlose Expansion des Züricher Flughafens auf Kosten der südbadischen Bevölkerung erteilt.

Die Bürgerinitiativen fordern daher grundlegende Verbesserungen im Rahmen der Neuverhandlungen auf der Basis der Stuttgarter Erklärung. Dabei wollen sie aktiv an den Verhandlungen beteiligt werden.

Auch die Bundestagsabgeordneten der Landkreise Konstanz und Waldshut beurteilen den vorliegenden Vertrag äußerst kritisch. „Ohne Verbesserungen können wir dem Staatsvertrag nicht zustimmen. Bei der Anzahl der Flugbewegungen, bei den Flugrouten und bei der Festlegung der Flughöhe müssen die berechtigten Interessen der Bürgerinnen und Bürger in Südbaden völkerrechtlich verbindlich berücksichtigt werden. Das erwarten wir von den Nachverhandlungen mit der Schweiz.“, bekräftigten die Bundestagsabgeordneten Birgit Homburger, Rita Schwarzelühr-

Sutter und Andreas Jung nachdrücklich.

„Sie müssen sich nur mal die Flugbewegungen an einem Sonntagmorgen von 5.50 Uhr bis 6.30 Uhr ansehen, dann werden Sie erkennen, dass die Schweizer ihre Flüge auch über Schweizer Gebiet abwickeln können, dort, wo auch der Profit des Flughafens gemacht wird“, so Yvonne Aymar aus Konstanz bei der Übergabe.

Während der Schutzzeiten der derzeit geltenden Rechtsverordnung darf der Flughafen nicht von Norden angefliegen werden. Die Anflüge müssen über den Züricher Süden, den Zürichsee erfolgen. Damit dort aber künftig Grabesstille herrschen kann, soll in den „Ruhe- oder Schutzzeiten“ uneingeschränkt auch der Landkreis Konstanz geopfert werden. „Und auch der Waldshuter Bereich ist während dieser Zeiten nicht vor tiefen Überflügen geschützt“, merkt Hannelore Leister von der BI Hohentengen an. Der Staatsvertrag ermöglicht darüber hinaus die Auflösung der Warteräume im Süden des Flughafens und ignoriert die Forderung des Schwarzwald-Baar-Kreises, den Warteraum RILAX aufzulösen.